

1. Einleitende Vorbemerkungen

Ein Titel in STERN Online

*Steuersünder, Terror-Unterstützer und ein Ministerpräsident unter
Korruptionsverdacht – das ist die neue Regierung in Israel*

Die Politik der neuen israelischen Regierung ist nicht nur eine Gefahr für die Demokratie und den sozialen Frieden in Israel, sondern auch eine Verstärkung von Annexion und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung.

Doch bevor ich auf einige Einzelheiten eingehe, lassen Sie mich, einen kurzen Rückblick zur Verschiebung der israelischen Politik erwähnen.

Zur Erinnerung:

Rechtsextreme und religiöse Fanatiker hat es in Israel immer gegeben. In den ersten Jahren waren sie jedoch in der Minderheit und nicht in den Regierungen beteiligt. Die Linken und die Liberalen waren dominierend.

- 1. Bereits unter **Menachem Begin** im Jahr 1977 gab es religiöse Rechte, die sogar der israelischen Fluggesellschaft ELAL den Flug am Sabbath untersagten.
- 2. Der Widerstand gegen die Annäherungspolitik von Ishak Rabin wurde zunehmend heftiger. Premierminister **Ishak Rabin** wurde 1995 von einem rechtsextremen-jüdischen Israeli ermordet, der, wie der Massenmörder von Hebron, der jüdische Arzt und Siedler Baruch Goldmann von einigen Mitgliedern des neuen israelischen Kabinetts besonders verehrt wird.

Im Laufe der Jahre haben sich der Staat wie auch die Gesellschaft Israels immer mehr nach rechts bewegt und damit die Möglichkeit ausgeschlossen, je einen Kompromiss mit dem palästinensischen Volk zu erreichen. Maßgeblich für diesen Rechtruck waren:

- 3. der Zusammenbruch des **Friedensprozesses im Jahr 2000**,
- 4. der Ausbruch der **Zweiten Intifada** und
- 5. der Terroranschlag **11. September**, sowie

Im Jahr 2000 behauptete Netanjahu, dass es keinen palästinensischen Partner für Friedensgespräche gebe, und lehnte jegliche Verhandlung ab. Das hat ihn nicht daran gehindert, folgenlos das Völkerrecht zu brechen und die Expansion Israels durch weiteren Siedlungsbau zur Freude seiner religiösen Partner, zum größten Teil aus Osteuropa eingewanderter Juden, fortzusetzen.

- 6. die **Einwanderung** von osteuropäischen Juden

Unter der Führung von Netanjahu wurde der Einfluss rechtsextremer Positionen von rassistischen Politikern immer größer.

- 7. Als Beispiel erinnere ich an den ehemaligen Verteidigungsminister **Avigdor Lieberman** und an die einstige Justizministerin **Ayelet Schaked** im Kabinett Benjamin Netanjahu 2015-2019.

Der Erfolg der rechtsradikalen Parteien und ihre Beteiligung an der Regierung sind Ergebnisse einer länger anhaltenden Entwicklung der politischen Landschaft Israels mit einer einhergehenden Schwächung und Lähmung der linken und der liberalen Kräfte.

Die neue Regierung in Israel steht politisch so weit rechts wie keine andere vor ihr. [STERN Online]

2

2. Die Politik der 37. israelische Regierung

Die Koalitionäre bestehen aus dem „Likud“ (32 Sitze), den beiden Parteien der ultraorthodoxen „Schas“ (11) und „Vereinigtes Thora-Judentum“ (7), sowie dem radikalen Parteienbündnis „Religiöser Zionismus“ (14). Alle Parteien entstammen dem rechten, antiliberalen Lager.

Um allen Koalitionsparteien, auf die Netanjahu bei der Bildung seiner Regierung angewiesen ist, zufrieden zu stellen, macht er ihnen viele Zugeständnisse und räumt den Ministern große Gestaltungsmöglichkeiten ein. Dass das Kabinett aus 41 Ministerien, unter denen einige immer noch ohne klare Zuständigkeit sind, ist auch als eine Folge der angemeldeten Wünsche, vor allem der beteiligten Minister und ihrer Parteien.

Der gemeinsame Nenner dieser Regierungskoalition ist ein antiliberaler Ansatz, der auf eine Neuordnung des Staates hinausläuft. Die Regierung beabsichtigt, demokratische Mechanismen, insbesondere das System des Obersten Gerichtshofs und die bürgerlichen Grundrechte, zu schwächen.

Die aktuelle israelische Regierung nimmt zum ersten Mal schriftlich Bezug auf die Zukunft der besetzten Gebiete, in dem sie, die Integration des Westjordanlands in das Rechtsgebiet des Staates Israel ausschließt. Hierfür bleibt die Militärverwaltung zuständig.

3. Das Kabinett von Netanjahu VI

Netanjahu führt mit drei rechtsextremistischen Parteien, etlichen religiösen Fundamentalisten und mehreren, wie er selbst, unter massiven Korruptionsvorwürfen stehenden Politikern, die neue israelische Regierung. Das ist als würde die AFD hier in Deutschland nicht nur mitregieren, sondern maßgeblich zu ihren Bedingungen mitbestimmen.

Mit einem Ultrarechts religiösen Bündnis kehrt nun Benjamin Netanjahu nach anderthalb Jahren und zum 6. Mal zurück ins Amt des Ministerpräsidenten und verkündet „Reformen“, die im In- und im Ausland nur für Kopfschütteln und Unbehagen sorgen.

Diese Entwicklung wird in Israel und bei Israel befreundeten Staaten als Rechtsstaatlichkeit feindlich bewertet.

Die arabischen Parteien in Israel waren leider zerstritten. Bei einem möglichen Zusammenschluss hätten sie ansonsten eine realistische Chance gehabt, Netanjahu zu verhindern.

3

Die vorgesehene „Reform“ betrifft die Besatzung des Westjordanlands, und in Israel: das Erziehungswesen, die Stellung der Frauen, der LGBTQI-Community und der arabischen Minderheit, den Justizapparat, das Polizeiwesen, das Verhältnis von Staat und Religion, das Staatsbürgerrecht etc.:

3.1. Benjamin Netanjahu, Ministerpräsident, Likud

Netanjahu verkündet sein wichtigstes Ziel für die kommenden vier Jahre. Man werde alles tun, "damit der Iran uns nicht mit einer Atombombe zerstört".

Seine Regierung werde sich außerdem für Annäherungsabkommen mit weiteren arabischen Staaten einsetzen. Und prompt wird diese Ankündigung selbst von Saudi-Arabien auf das Schärfste zurückgewiesen, solange es keinen Staat Palästina in den Grenzen vor 1967 gebe.

Zur Verärgerung Israels hat Saudi-Arabien gerade einen Botschafter für die Palästinensischen Gebiete ernannt, der zunächst von Jordanien aus amtiert.

Mit Hilfe des israelische Nationalstaatsgesetzes von 2018, das die jüdische Hoheit über die Interessen seiner israelischen palästinensischen Bewohner festschreibt, drohten vor Monaten Knesset-Abgeordnete und ehemalige Minister der Likud-Partei, den Palästinensern in Israel mit einer **neuen Nakba**, nur weil palästinensische Studenten auf dem Campus israelischer Universitäten palästinensische Flaggen gehisst hatten.

In der neuen Koalition sind nun weitere extreme Positionen vertreten.

In Interviews hatten Kabinettsmitglieder gesagt, dass es israelischen Ärzten erlaubt sein wird, Behandlungen an Mitgliedern der LGBTQ-Gemeinde zu verweigern, wenn dies ihrem religiösen Glauben widerspricht.

Es gibt diese und weitere Aussagen einiger ultrareligiöser Politiker, die sogar den israelischen **Staatspräsident Herzog** und viele andere Israelis um die Demokratie und den säkularen Staat fürchten lassen.

4

Seit der Eröffnung seines Strafprozesses ist Netanjahu von den Verteidigern des Obersten Gerichtshofs ins Lager der schärfsten Kritiker dieser Instanz gewechselt.

3.2. **Bezalel Smotrich, Finanzminister,**

Bezalel Smotrich ist ein extremer ultrarechter Zionist. Er sieht u. a. keinerlei Berechtigung für einen Palästinenserstaat. Er ist der Überzeugung, dass die Idealform für den jüdischen Staat eine Art Theokratie, mit der Thora als Gesetz wäre. Schon als Abgeordneter hatte Smotrich für Aufsehen gesorgt, weil er aus Anlass der Niederkunft seiner Frau getrennte Geburtsstationen für Jüdinnen und Nicht-Jüdinnen verlangte.

Smotrich ist jetzt Finanzminister und hat zudem einen wichtigen Posten im Verteidigungsministerium erhalten. Als glühender Verfechter des Siedlungsausbaues und der Legalisierung illegaler israelischer Siedlungen im besetzten Westjordanland, verfügt er auch über einen großen Einfluss

auf die Verwaltung des Westjordanlandes und das Leben der Palästinenser.

Kaum im Amt hat er mehreren palästinensischen Diplomaten der Palästinensischen Autonomiebehörde bei der Rückkehr aus dem Ausland, unter anderem dem palästinensischen Innenminister, den VIP-Passierschein für die Reisen ins Ausland entziehen lassen.

Außerdem ordnete er an, dass der Palästinensischen Autonomiebehörde zustehende Gelder, die er als Mörder- und Terroristengeld“ bezeichnet, nicht ausgezahlt werden. Stattdessen soll das Geld als Entschädigung für israelische Familien von Palästinensern getöteter Soldaten verwendet werden. Damit folgt er der Festlegung der Regierung, die PA ab sofort als **Staatsfeind** zu betrachten. Und ein Staatsfeind muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Weitere Zahlungen werde es nicht geben und zwar als Strafmaßnahme, weil die UN-Vollversammlung den Internationalen Strafgerichtshof beauftragt hat, die Besetzung des Westjordanlandes durch Israel zu prüfen.

Ihm und der neuen Regierung geht es offensichtlich darum, die PA zu entmachten und eine mögliche Einigung zwischen Fatah und Hamas zu verhindern.

5

3.3. Aryeh Deri, entlassener Innenminister, Schas

Aryeh Deri, der mittlerweile entlassene Innenminister, ist mehrfach verurteilt und saß im Gefängnis. Ich gehe auf ihn ein, weil er auch ohne Regierungsamt eine wichtige Rolle in der neuen Politik hat.

Im Jahr 2000 wurde er wegen Bestechlichkeit, Korruption und Untreue während seiner Zeit als Innenminister zu drei Jahren Haft verurteilt. 2021 musste er dann wegen neuer Steuervergehen sein Abgeordnetenamt niederlegen und bekam im Rahmen eines Vergleichs Bewährung. Er hatte vor Gericht versichert, aus der Politik aussteigen zu wollen.

Damit der Vorsitzende der streng religiösen Schas-Partei erneut zum Innenminister ernannt werden konnte, wurde eigens ein Gesetz geändert, damit er trotz einer Verurteilung Minister werden kann.

Nach einem Entscheid des Obersten Gerichtshofes durfte Deri allerdings sein Amt jedoch nicht behalten.

Suzie Navot, eine der bekanntesten Verfassungrechtlerinnen in Israel, nennt das Vorhaben der Regierung "Legalisierung von Korruption"

Die Koalition will dennoch tiefgreifende Veränderungen durchsetzen und das Justizsystem gezielt schwächen. Die Änderungen könnten laut Experten auch eine Aufhebung des aktuell laufenden Korruptionsprozesses gegen Netanjahu bewirken.

Deri drohte, mit seiner Partei aus der Koalition auszutreten, wenn er sein Amt als Minister nicht behalten darf. Damit wäre die Regierung Netanjahus am Ende. Aber seine Partei ist in der Koalition geblieben, zu welchem politischen Preis, ist noch offen.

Netanyahu hat sich dem Urteil des Obersten Gerichts gefügt: Innenminister Deri musste seinen Posten nach wenigen Wochen verlassen. Endgültig geschlagen geben will sich der Regierungschef noch nicht.

In einem Brief, drückte er sein Bedauern über die Entscheidung des OG aus und beschrieb Deri als Anker der Erfahrung, Intelligenz und Verantwortung.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ignoriere den Willen der Nation, sagte Netanyahu. Er beabsichtige, alle möglichen rechtlichen Mittel zu finden, damit Deri weiter einen Beitrag für das Land leisten könne – natürlich nicht ohne Eigennutz.

3.4. Jariv Levin, neuer Innenminister, Likud

Jariv Levin ist seit 2009 Abgeordneter des Likuds in der Knesset. Er legte mit anderen Abgeordneten einen 16 Punkte umfassenden Gesetzentwurf vor, der eine Basis für das 2018 verabschiedete Nationalstaatsgesetz bildete.

In 2015 war Levin Minister für Öffentliche Sicherheit, von 2015 bis 2020 Minister für Tourismus dann von 2018 bis 2019 geschäftsführender Einwandererminister und später Sprecher der Knesset als Nachfolger von Benny Gantz.

Es ist zu befürchtet, dass der neue Innenminister Jariv Levin aufgrund des Gerichtsurteils noch schneller mit seinen Plänen zur Schwächung des Höchsten Gerichts voranschreiten könnte.

3.5. Yitzhak Goldknopf, Wohnungs- und Bauminister, Vereinigtes Tora-Judentum

Goldknopf kümmert sich vor allem um die Finanzierung der häufig kinderreichen Thoraschüler und deren Schutz vor dem Einfluss von Staat und Gesellschaft – etwa dahingehend, dass ihre Schulen kaum säkulare Fächer unterrichten müssen. Thora-Studierende sollen keinen Militärdienst absolvieren und lebenslang keiner Arbeit nachgehen müssen.

Als Vorsitzender einer streng religiösen Partei führt Goldknopf das Ministerium und soll sich auf die Stärkung der jüdischen Tradition, Vertiefung des Wissens und der Verbindung aller Gesellschaftsgruppen zur Tradition konzentrieren. Die extreme Anti-LGBTQ-Fraktion hat jetzt eine Kontrolle über externe Programme an Schulen und will das israelische Bildungssystem „reformieren“, sprich „judaisieren“.

7

Nun komme ich zum radikalsten und umstrittensten Provokateur der rechts gerichteten israelischen Regierung

3.6. Gvir, Minister für Nationale Sicherheit / Grenzpolizei

Die Beteiligung der Ben-Gvir-Partei markiert eine neue Stufe des Rassismus in Israel. Denn sie zielt darauf ab, die Palästinenser durch Enteignung und Gewalt unter do Druck zu setzen, dass sie das Land freiwillig verlassen.

Als Minister für Nationale Sicherheit und Grenzpolizei ist Ben-Gvir, der selbst in der Vergangenheit wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verurteilt wurde, mit aller Macht ausgestattet, das Leben von Palästinensern und israelfeindlichen Juden zu erschweren.

Der Minister spricht sich offen für die Einführung der Todesstrafe für palästinensische Gefangene aus und wird keinen Soldaten oder bewaffneten Siedler, der Palästinenser erschießt, strafrechtlich verfolgen lassen.

Als strikter Gegner der Oslo-Abkommen ist für ihn die freiwillige Auswanderung der Palästinenser aus Israel in die arabischen Staaten, „Transfer“ genannt, die beste Lösung. Er ist Anhänger des Massenmörders Baruch Goldstein, den er als Retter des jüdischen Anspruchs auf Palästina verehrt. Er will den Siedlungsbau in Ost-Jerusalem vorantreiben, um eine deutliche Mehrheit von Juden zu sichern. Darüber hinaus bezeichnet er öffentlich die „besetzten Gebieten“ als von Jordanien „befreite Gebiete“ Israels. Für ihn stehen das Prinzip eines jüdischen Staates und die religiösen Gebote über den Werten des Friedens und der „westlichen Demokratie“ Fernziel seiner Partei ist ein Staat auf Grundlage der Halacha, nur nach dem religiösen Gesetzeskodex.

Die deutliche Kritik des US-Präsidenten Jo Biden an der israelischen Besatzungspolitik erwidert Gver mit der arroganten Bemerkung: „Israel sei ein souveräner Staat und stünde nicht als Stern auf der amerikanischen Flagge!“

4. Auswirkungen auf die israelische Bevölkerung

Offensichtlich ist Netanjahu daran interessiert, seine persönlichen strafrechtlichen Probleme ungeschoren zu überstehen. Die einzige Möglichkeit, das zu erreichen, ist die Schwächung der Gerichtsbarkeit durch die Verabschiedung neuer Gesetze, die der Knesset ein Vetorecht gegenüber den Gerichten einräumen würde.

Es ist zu befürchten, dass mit ihm Israel immer mehr zum Polizeistaat abdriftet.

Wie weit es in Israel gehen kann, wird an einer Forderung der Partei „**Das Vereinigte Tora Judentum**“ deutlich: Sie möchte unter anderem, die Stromproduktion am Schabbat einstellen und mehr geschlechtergetrennte Strände ausweisen - und die Halacha, die rechtliche Grundlage des Judentums, stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung tragen

Saudi-Arabien, Taliban der IS und Hamas lassen grüßen!

Sorge um den Abbau der Demokratie wird angesichts der vorliegenden Koalitionsvereinbarungen immer lauter. Der Vorwurf: Die neue Koalition sei illiberal, homophob, sie höhle mit der geplanten Justizreform die

israelische Demokratie aus, steht auf den Plakaten der Protestierenden in allen israelischen Städten.

Netanjahus Amtsvorgänger, **Jair Lapid** von der liberalen Zukunftspartei, sagte nach den Gesetzesänderungen, die neue Regierung habe sich bereits vor ihrer Vereidigung als "*die korrupteste aller Zeiten*" erwiesen. ...und die „ultrareligiösen Politiker versuchen scheinbar, den säkularen Staat zu schwächen: etwa beim Thema Wehrpflicht, die künftig für religiöse Israelis kaum noch gelten soll. Lapid sieht darin eine klare Benachteiligung nichtreligiöser Israelis.

Der ehemalige Knesset-Präsident **Avraham Burg** schreibt in einem Gastkommentar: „Wie in Polen oder Ungarn will die Regierung Israels von oben alle traditionellen, demokratischen Institutionen schwächen oder ersetzen. Das Justizsystem ist bedroht, die Polizei wird politisiert, die Medien werden angegriffen, und das Bildungssystem wird in die Hände dogmatischer und extremistischer Religionen gegeben. Und in diesen Ruinen der Demokratie sind drei dunkle Kräfte am Werk: Der jüdische ethnische Vorherrschaftsanspruch; die religiösen und heilsideologischen Ziele der Mitglieder der Koalition; und die Bewahrung des korrupten Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu vor einer strafrechtlichen Verurteilung“.

9

So will die Koalition auch das Verhältnis von Staat zu Religion dramatisch ändern. Schon jetzt gibt es in Israel keine Trennung zwischen den beiden: Gewisse Entscheidungen sind Rabbinern vorbehalten und werden staatlicherseits anerkannt. Es gibt keine zivile Ehe, nur religiöse Eheschließungen können in Israel durchgeführt werden. Atheistische, verschiedengläubige oder gleichgeschlechtliche Paare müssen ins Ausland fahren, um dort zu heiraten.

Netanjahu & Co. wollen diesen Einfluss noch verstärken: „Rabbinats-Gerichte“ sollen in einigen Bereichen des Zivilrechts den staatlichen Gerichten gleichgestellt werden. Dabei ignorieren diese Gerichte jetzt schon demokratisch legitimierte Gesetze, urteilen nur nach ihrer konservativen Auslegung der heiligen Schriften. Das könnte vor allem für Frauen nachteilige Folgen haben.

Der prominente israelische Historiker und Publizist **Tom Segev** warnt vor der Koalitionsregierung in Jerusalem. Diese sei „gefährlicher als frühere Allianzen“.

Mehr noch beunruhigt ihn, dass die israelische Gesellschaft immer weiter nach rechts rückt.

„Noch nie waren in der Knesset so viele rechtsradikale und rassistische Parteien organisiert. Es hat in Israel zwar immer alle möglichen Erscheinungen von Rassismus gegeben, wie in anderen Ländern auch. Die maßgebliche und zentrale Rolle, die diese Parteien jetzt spielen werden, ist für Israel aber etwas Neues.“

Er sei „ziemlich erschüttert“.

Segev bereitet besonders der antiarabische Nationalismus vieler seiner Landsleute Sorgen. „Nationalismus und Rassismus bestimmen jetzt stärker als je zuvor die israelischen Beziehungen zu den Palästinensern.“

10

Selbst der Präsident des Zentralrats der Juden, **Josef Schuster**, übt scharfe Kritik an der neuen israelischen Regierung:

»Einschlägig vorbestrafte Rechtsextreme im Kabinett oder in Gesetzesänderungen, damit korrupte Politiker Minister werden können, sind ein Tiefpunkt der israelischen Politikgeschichte«, schrieb Schuster in einem Beitrag im »Tagesspiegel«.

Schuster weiter:

»Es geht nicht spurlos an den jüdischen Gemeinschaften der Diaspora vorüber – nicht, wenn Minister dieser Regierung sich in rassistischer, diskriminierender und verstörender Weise äußern. Solche Positionen sind in der jüdischen Welt nicht mehrheitsfähig.«

Sogar der **Staatspräsident Herzog** ist besorgt:

„Wenn sich israelische Bürger aufgrund ihrer Identität oder ihres Glaubens bedroht fühlten, untergräbt dies die grundlegenden demokratischen Werte Israel“ so einem Twitter

5. Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung und die Besetzten Gebiete

In den veröffentlichten Leitlinien der neuen israelischen Regierung ist festgelegt, dass die Koalition den Siedlungsausbau auch in Gebieten vorantreiben will, die die Palästinenser für einen künftigen Staat beanspruchen, mit der Begründung

"Das jüdische Volk hat ein alleiniges und unumstößliches Recht auf alle Teile des Landes Israel."

[Karte Israel] Erez Israel – Nationalgesetz - Besiedlung

Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile Israels voranbringen und entwickeln - in Galiläa, in der Negev-Wüste, auf den Golanhöhen und in Judäa und Samaria“ (Westjordanland)."

Der scheidende Verteidigungsminister **Benny Gantz** warnte angesichts der Änderungen vor einer weiteren Eskalation der Gewalt und vor Blutvergießen in der Region.

11

Dass die Regierung illegale Siedlungen im umkämpften Hebron ausbauen will, und die Judäisierung von Ost-Jerusalem durch Vertreibung seiner Einwohner und Beschlagnahme von sogar christlichem Eigentum auf dem Ölberg, vorantreiben will, macht Ausschreitungen wahrscheinlich.

Die neue israelische Regierung lehnt vehement und kategorisch das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ab. Sie spricht sich eindeutig für zwei Rechtssysteme, die jetzt „**Duales Rechtssystem**“ genannt werden, aus. Damit gibt die israelische Regierung selbst zu, zwei Rechtssysteme anzuwenden.

Israel, das angeblich die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ sei und die „moralischste Armee der Welt“ habe, erlaubt sich zwei unterschiedliche Rechtssysteme.

Ist das anders als APARHEID?

Südafrikanische Politiker, die die Apartheid wahrlich kannten, bezeichnen die israelische Apartheid schlimmer als die südafrikanische.

Die rechtsextremen und ultrareligiösen Parteien in der Regierungskoalition plädieren für eine Annexion des Westjordanlandes, vertreten die

Interessen der Siedler und fordern einen Transfer der Palästinenser aus dem Westjordanland und aus Israel, zum Beispiel nach Europa.

Der Zionist **Smotrich** und selbst ernannte Faschist und Palästinenser-Hasser hat diese Pläne in einem Dokument festgehalten, und der Rassist **Ben-Gvir** hat sie in verschiedenen Interviews vertreten. Ben Gvir will zudem ein Emigrationsministerium einrichten und propagiert schriftlich und verbal einen »totalen Krieg« gegen Israels Feinde.

Smotrich rief 2021 arabischen Abgeordneten zu, dass ihr Präsenz in der Knesset ein „**historischer Fehler** des ersten Ministerpräsidenten Israels, David Ben Gurion“, sei. Dieser habe »seinen Job nicht vollendet, sie hinauszuerwerfen«.

Die besetzten Gebiete

Innerhalb der Koalition gibt es einen Konsens darüber, dass nur das jüdische Volk einen **historischen und religiösen Anspruch** auf das Westjordanland hat, dass sich Israel nicht mehr daraus zurückziehen wird und dass es einen palästinensischen Staat zwischen Jordan und Mittelmeer nicht geben kann.

Im Koalitionsrahmenvertrag heißt es bereits im ersten Satz, wir erinnern uns:

»Das jüdische Volk hat ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel [...] – Galiläa, Negev, den Golan und Judäa und Samaria.«

Daher ist diese Regierung auch weit davon entfernt, nach einem Kompromiss mit den Palästinensern zu suchen. Vielmehr geht es darum, den Konflikt so weit wie möglich unilateral zu entscheiden und die Kontrolle über weite Teile des palästinensischen Gebiets, insbesondere der C-Gebiete, zu festigen.

Im Koalitionsvertrag mit dem Religiösen Zionismus (§118) steht jedoch, dass Netanjahu eine Politik für die Übertragung der »Souveränität« (sprich Annexion) des Westjordanlands konzipieren soll. Wie diese genau aussehen wird, ist noch unklar.

Likud-**Politiker Levin** formuliert es wie folgt: Die Regierung muss versuchen:

»Ein Maximum an Territorium zu halten und die Souveränität über ein Maximum an Territorium auszuüben, während die arabische Bevölkerung in diesem Gebiet auf ein Minimum beschränkt wird.«

6. Deutschland und die Nahostpolitik

Für die bisherige nach meinem Verständnis, verheerende deutsche Nahostpolitik, ist diese israelische Regierung mehr als eine Herausforderung. Mir ist bis jetzt nicht bekannt, dass die Bundesregierung einen Glückwunsch an Netanjahu gerichtet oder eine Stellungnahme zu seiner Regierung abgegeben hat.

Das diplomatische Schweigen der Bundesregierung spricht Bände!

Vor dem Hintergrund seiner historischen Verantwortung, den Juden gegenüber einerseits und seiner Verpflichtung auf universelle Prinzipien wie Völker- und Menschenrechte andererseits, hat Deutschland sich bis dato für eine **Zwei-Staaten-Lösung** eingesetzt und die **Annexion der Westbank** verbal nicht anerkannt. Dennoch haben sich sämtliche Bundesregierungen einseitig proisraelisch positioniert und dieses mit der Staatsräson begründet.

Wenn die israelische Regierung selbst die Absicht hat, diese Zwei-Staaten-Lösung zu beenden und die Annexionen voranzutreiben, dann muss die Bundesregierung ihre Nahostpolitik überdenken, wenn nicht komplett revidieren. Letztlich bedarf es eines Prozesses der Selbstbefragung, bei der weder die Verantwortung aus dem historischen Erbe noch grundlegende Werte deutscher Außenpolitik aufgegeben werden dürfen.

Daraus ergeben sich Fragen, die entsprechendes politisches Umdenken in Bezug auf das Palästina-Problem auslösen:

1. *Wird die Bundesregierung glaubhaft weiter verkünden können, dass sie an der Zwei-Staaten-Lösung festhält?*
2. *Wird die Bundesregierung von einer temporären - seit 1967 andauernden - Besatzung der Westbank und Ost-Jerusalems ausgehen, wenn diese von Israel vollständig völkerrechtswidrig bis zum Fluss Jordan annektiert sein werden?*

3. *Wird die deutsche Politik weiterhin die Missachtung des Völkerrechts durch Israel stillschweigend hinnehmen und diese sogar nach israelischer Interpretation als „Selbstverteidigung“ erklären?*
4. *Wird die Bundesregierung ihre bisherige Politik der Doppelmoral nach der Devise „Ich weiß alles, aber ich darf nichts sagen“ weiter betreiben?*
5. *Wird die Bundesregierung ihre bisherige Haltung, Israel in den UN-Gremien in Schutz zu nehmen, fortsetzen?*

7. Ausblick

Die Festlegung der neuen israelischen Regierung, weiterhin jüdische Siedlungen auf besetzten Gebieten bauen zu wollen, ist schlicht und einfach

1. ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Begründet wird diese Expansion auf Kosten der PalästinenserInnen

2. mit dem Anspruch auf „alle Teile Israels“, also nicht nur innerhalb der eigenen Grenzen.

Alles deutet darauf hin, dass Israel schleichend entscheidende Weichen stellen wird, um

3. das Westjordanland permanent unter israelischer Kontrolle zu behalten.

Angesicht der Tatsache, dass zwischen dem Fluss Jordan und der Mittelmeerküste ungefähr so viele Juden wie Palästinenser leben und Israel dennoch

4. nicht bereit ist, eine Aufteilung des Territoriums in zwei Staaten zu akzeptieren, kontrolliert Israel geopolitisch gesehen, alles.

Wenn die jüdische Mehrheit in Israel nicht zu einem **Kompromiss** bereit ist, der entweder zwei unabhängige Staaten vorsieht oder einen Staat mit gleichen Rechten für alle, kann die Folge nur Apartheid oder Vertreibung sein.

Israel kann nicht jüdisch und demokratisch sein und baut selbst seine Demokratie allmählich ab.

Generell ist zu befürchten, dass die Gewalt im Westjordanland und in Israel weiter zunehmen wird. Schon unter der Bennett-Lapid-Regierung 2021/22 haben die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen dem israelischen Militär, Palästinensern und Siedlern einen Höchststand seit Ende der Zweiten Intifada erreicht.

Bei Teilen der neuen Regierung scheint zumindest fraglich, ob sie Interesse an einer Beruhigung der Situation haben oder eine Eskalation anstreben, um ein weitergehendes Vorgehen gegen die Palästinenser rechtfertigen zu können.

Jeglicher Widerstand der PalästinenserInnen wird – wie bisher, wenn nicht heftiger - sofort von der israelischen Armee als terroristischer Akt und als Angriff auf den Staat Israel bezeichnet, der dann mit der üblichen Rechtfertigung auf „Selbstverteidigung“ mit aller militärischen Gewalt unterdrückt wird.

Eigentlich überraschen alle Vorhaben der neuen israelischen Regierung, Eingeweihte wie euch und mich, überhaupt nicht mehr. Denn die neue Politik schreibt lediglich die Politik aller bisherigen israelischen Regierungen seit 1948, also seit der Nakba, fort.

Diesmal allerdings schriftlich, lesbar für jeden - also auch für die Bundesregierung - in einer Regierungserklärung.

7. Diskussion